

Regierungsratsbeschluss

vom 26. November 2019

Nr. 2019/1839

Ratifizierung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz und E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 Ermächtigung der KdK zur Unterzeichnung Schreiben an die KdK

1. Erwägungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ersucht die Kantone um Ermächtigung zur Unterzeichnung der von ihr ausgehandelten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2020. Die Staatskanzlei hat zuhanden der Plenarversammlung der KdK vom 20. Dezember 2019 ein entsprechendes Schreiben vorbereitet.

Mit der Unterzeichnung der Erneuerung der Rahmenvereinbarung übernehmen die Kantone eine Finanzierungsbeitrag an den im Umsetzungsplan von E-Government Schweiz aufgeführten Vorhaben. Die Finanzierung dieser Vorhaben wird nach Kap. 4 der Rahmenvereinbarung von den Kantonen zur Hälfte getragen und untereinander gemäss KdK-Kostenteiler aufgeteilt. Das Kostendach beträgt jährlich insgesamt Fr. 5 Mio. Für den Kanton Solothurn entstehen dadurch jährliche Kosten von ca. Fr. 79'993 (provisorischer Kostenteiler der KdK).

2. Beschluss

Das Schreiben an die KdK wird beraten und beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilagen

Schreiben an die KdK
E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023
E-Government Schweiz Umsetzungsplan 2020-2023
Rahmenvereinbarung

Verteiler

Staatskanzlei (Stabsstelle E-Government, B. Wyler)

Regierungsrat (6)

Amt für Informatik und Organisation (T. Burki)

Kantonale Finanzkontrolle

Staatskanzlei, Vertragsbuch